

Investitionen werden aufgestockt

Die Große Koalition will die Ausgaben für die öffentlichen Investitionen im nächsten Jahr noch einmal aufstocken.

BERLIN. Das zeichnete sich gestern bei den abschließenden Verhandlungen über den Bundeshaushalt für 2008 ab. Der Haushaltsausschuss bewilligte zusätzlich 400 Millionen Euro für den Klimaschutz. Bewilligt wurde die Bafög-Erhöhung. Der Etat des Bildungsministeriums wurde damit um gut 55 Millionen Euro aufgestockt.

Der Haushaltsentwurf von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) für 2008 sieht bisher Investitionsausgaben von 24,3 Milliarden Euro vor. Das ist etwas mehr als das geplante Ausgabensoll für dieses Jahr. Die Neuverschuldung soll nach voraussichtlich rund 14 Milliarden in diesem Jahr 2008 auf 12,9 Milliarden gedrückt werden. Nach der mittelfristigen Finanzplanung soll es spätestens im Jahr 2011 überhaupt keine Neuverschuldung des Bundes mehr geben. Endgültig verabschiedet wird der Etat erst Ende November dieses Jahres vom Bundestag.

Integration



Günther BECKSTEIN: Bayerns Ministerpräsident (CSU) hat in seiner ersten Regierungserklärung die Integration von Ausländern als wichtige Aufgabe bezeichnet. Soziale Herkunft dürfe nicht über Bildungschancen entscheiden.

Betreuungsgeld



Kardinal Karl LEHMANN: Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz hat beim Betreuungsgeld echte finanzielle Wahlfreiheit gefordert. Der Staat dürfe die Menschen nicht in bestimmte Formen von Familie drängen.

Kanzlerin empört über Thierse

Kanzlerin Angela Merkel hat die Äußerungen von SPD-Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse zum Privatleben von Altkanzler Helmut Kohl (CDU) scharf kritisiert.

BERLIN. Die CDU-Chefin bezeichnete die Äußerungen Thierse als „menschlich zutiefst unverständlich“. „Sie grenzen für mich an Niedertracht. Wenn er noch einen Funken von Größe hat, muss seinem halben Bedauern umgehend eine wirkliche Entschuldigung folgen“, betonte Merkel.

Thierse war im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Franz Münterfering wegen der Erkrankung seiner Frau mit den Worten zitiert worden: „Seine Frau im Dunkeln in Ludwigshafen sitzen zu lassen, wie es Helmut Kohl gemacht hat, ist kein Ideal.“ Hannelore Kohl litt unter schwerer Lichtallergie und nahm sich 2001 das Leben.

Thierse, der sich am Abend entschuldigte, bezeichnete in seinem Brief an Kohl den Zeitungsbeitrag als „arg verkürzte und nicht autorisierte Fassung eines Gesprächs“. dpa

„Tendenz der Irakisierung“

Im TA-Gespräch: Peter Gauweiler, CSU-Abgeordneter, stimmte gegen die Verlängerung des Anti-Terror-Einsatzes

Die CDU/CSU-Fraktion bezeichnet den weiteren Anti-Terror-Einsatz der Bundeswehr als unverzichtbar, was bewegt sie zur Gegenstimme?

Die Operation Enduring Freedom war ursprünglich als Selbstverteidigung der USA gegen den Angriff vom 11. September gerechtfertigt. Diese Rechtfertigung ist entfallen, seit die einstige Selbstverteidigungslage der USA nicht mehr besteht. Die Taliban-Regierung in Afghanistan ist gestürzt, nach Neuwahlen wurde eine neue Regierung eingesetzt. Mit einer weiteren Ausdehnung des Selbstvertei-

digungsrechtes könnten die USA überall auf der Welt, wo ein als terroristisch bezeichnetes Verbrechen geschieht, militärisch intervenieren. Das ist mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren.

Nun sagen die Befürworter der Mission, ohne sie fehle der Schutz von Afghanistan bis zum Horn von Afrika.

Es gibt ganz klare Regeln im Völkerrecht für Schutzmaßnahmen. Der UN-Sicherheitsrat kann in bestimmten Fällen sogenannte robuste Mandate erteilen, falls Schutz notwendig



Peter GAUWEILER (58), bayrischer Staatsminister a. D., sieht für das nun verlängerte Mandat zum weltweiten Antiterror-Einsatz der Bundeswehr keine Legitimierung durch das Völkerrecht.

ist. Über die Sinnhaftigkeit solcher Mandate muss man in jedem Einzelfall sprechen.

Im Bundestag wurde verlangt, zivile Opfer bei Enduring Freedom zu vermeiden, welche Kontrolle hat hier das Parlament?

Durch die internationale Presse erfahren wir von schweren Zwischenfällen und Verlusten in der Zivilbevölkerung. So beobachten wir die Tendenz der Irakisierung des Afghanistan-Konfliktes. Der jahrzehntealte Bürgerkrieg ist wieder ausgebrochen. Der afghanischen Regierung fehlt die Distanz zum

Drogenhandel. Die USA haben durch Verstöße gegen die Menschenrechte ihre eigene moralische Legitimation beschädigt.

Gibt es auch zivile Opfer durch die Bundeswehr?

Das wird von der Bundeswehr eindeutig bestritten. Ich habe daran auch keine Zweifel.

Das nun verlängerte OEF-Mandat hat also nur Nachteile?

Man soll endlich aufhören, mit Benzin zu löschen.

Gespräch: Ingo LINSEL



Halber Osten zufrieden

Mit dem Merkel-Bonus wächst die Zuversicht bei älteren Bürgern der neuen Länder

Die Ostdeutschen über 50 Jahre sind mehrheitlich mit ihrem Leben zufrieden, fremdeln aber immer noch ein wenig mit dem demokratischen System.

Von Wolfgang SUCKERT

BERLIN. 2007 waren unter den älteren Ostdeutschen vier Prozent mehr Zufriedene zu finden als 2006. In diesem Jahr waren drei Prozent sehr und 43 Prozent immerhin zufrieden. Das geht aus dem 18. „Sozialreport 50plus“ hervor, der vom sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum im Auftrag der Volkswirtschaftlichen Wohlfahrtsorganisation im Osten, erstellt wurde. Dazu wurden in den neuen Ländern 1020 Personen über 50 Jahre befragt.

Laut Report fühlen sich inzwischen wieder 37 Prozent als Wendegewinner, während sich 27 Prozent als Verlierer sehen. Mit dem Regierungsantritt von Rot-Grün klappte die Differenz

auf einem Rekord von 25 Prozent. Mit der Agenda-Politik wendete sich aber schnell das Blatt und mehr Menschen sahen sich auf der Verliererstraße. Dass sich der Trend nun abermals drehte, führen die Autoren der Studie auf den Kanzlerinnenbonus zurück. Auch bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage gehen die Umfragergebnisse wieder steil nach oben.

Am meisten Angst haben die Älteren vor Gewalt und Kriminalität. Fast gleichauf: Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Persönlich haben aber die allerwenigsten Angst, ins soziale Abseits zu geraten. Diese Sorge liegt nur an drittlezter Stelle. Es folgen mit weitem Abstand die Angst um die eigene Wohnung oder, dass enge familiäre Beziehungen Schaden nehmen.

Die älteren Ostdeutschen geben sich weiter misstrauisch. Mit 36 Prozent zählen sie noch am stärksten auf die Polizei, dann auf Stadt- und Gemeindeverwaltungen sowie Gerichte.

Mit 16 und elf Prozent tummeln sich Bundesregierung und Bundestag am Ende der Vertrauenskala, wobei die von Kanzler Gerhard Schröder (SPD) initiierte „Vertrauensfrage“ 2005

den Tiefpunkt brachte. In der Skala der wichtigsten Dinge liegen Arbeit, Familie und bezahlbarer Wohnraum weiter vorn. Schlusslichter sind Demokratie, Freizeit und abgeschlagen die Religion.

Den oft geäußerten Vorwurf, Ostdeutsche ließen sich primär vom Wunsch nach Gleichheit lenken, widerlegt die Umfrage. Vorn liegen da soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Die Freiheit bildet den „Mittelpunkt“, während erst dann Solidarität und Gleichheit folgen.

Mit 41 und 36 Prozent wohnen die meisten Kinder und Enkel noch im selben Ort wie die Älteren. Mit 23 und 29 Prozent befindet sich die zweitgrößte Gruppe bereits im Westen. In einem Punkt haben die Ostdeutschen ihre Meinung seit 1994 so radikal wie nirgends anders geändert: Damals glaubten 72 Prozent, dass spätestens in den nächsten zehn Jahren die Angleichung der Einkommen in Ost und West vollzogen sei. Heute glauben das nur noch 16 Prozent.



ZUFRIEDENER: Entgegen dem Klischee sind Ältere nicht immer zänkisch.

Anti-Terror-Mandat verlängert

Mit deutlicher Mehrheit hat der Bundestag die Beteiligung der Bundeswehr an der Mission in Afghanistan um ein Jahr verlängert.

Von Kai SCHLIETER

BERLIN. Mit den Stimmen von 414 Abgeordneten aus Union, SPD und FDP hat gestern der Bun-

destag die Verlängerung des Mandats der Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“ beschlossen. Linksfraktion und Grüne lehnten die deutsche Beteiligung ab, da der US-geführte Einsatz nicht durch ein UN-Mandat gedeckt sei. Der Vize-Fraktionschef der SPD, Walter Kolbow, begründete hingegen gegenüber dieser Zeitung die Notwendigkeit der Mission. Der

Beschluss sei „über die operative Bedeutung hinaus ein sehr politischer Beschluss und ein wichtiges Symbol“ an die internationalen Partner, so Kolbow. Die Kritik der Opposition sei an den „Haaren herbeigezogen“.

Das militärische Mandat sei notwendig, um den zivilen Wiederaufbau des Landes voranzutreiben. Zudem würden 80 Prozent der Operation für die Aus-

bildung der afghanischen Armee aufgewendet werden. Der Schutz der Zivilbevölkerung habe nun einen deutlich höheren Stellenwert bekommen.

Das Mandat erlaubt als Oberstes den Einsatz von 1400 Soldaten. Derzeit sind 300 Marinesoldaten im Mittelmeer und am Horn von Afrika zur See-raumüberwachung im Einsatz. Die 100 Soldaten des Komman-

dos Spezialkräfte (KSK) vor Ort wurden seit zwei Jahren nicht mehr aktiviert. Auch 42 SPD-Abgeordnete hatten gegen die Verlängerung gestimmt, darunter der Thüringer Ernst Kranz. „Die Lage in Afghanistan hat sich in den letzten Monaten und Jahren destabliert“, sagte er. Es sei zu vielen Rückschlägen im Sicherheitsbereich und bei der Drogenbekämpfung gekommen.

Riskanter Umtausch

Die Reklamation eines Kilogramms Heroin beschäftigt seit gestern das Erfurter Landgericht

Heroinhändler Dilettanten zu nennen, mag nicht korrekt sein. Doch in dem Prozess, der gestern am Erfurter Landgericht begann, drängt sich eine solche Formulierung geradezu auf.

Von Paula PETER

ERFURT. Auf der Anklagebank sitzen ein Tunesier sowie ein Mann und eine Frau aus Rumänien. Während die ersten Beiden die Fra-

gen des Gerichts gut verstehen und deutsch beantworten, ist der Dritte ganz auf die Hilfe von Dolmetscherin und Anwalt angewiesen.

Das Handy des Rumänen war es, das die Ermittler per Telefonüberwachung auf die Spur des Heroingeschäfts brachte. So konnten die Ermittler ein beinahe unglaubliches Geschäft nachvollziehen.

Die Rumänin hatte in Erfurt Kontakt zu dem Tunesier gesucht, um an Heroin zu kommen. Sie wollte es nach Rumä-

nien bringen und dort gewinnbringend weiterverkaufen, heißt es in der Anklage.

Im Mai 2007 war die Angeklagte am Ziel ihres Wunsches: Auf Vermittlung des Tunesiers

GERICHTSBERICHT

konnte sie in Leipzig ein Kilo Heroin kaufen. Die Frau fuhr nicht selbst, sie schickte ihren mitangeklagten Landsmann als Kurier. Der setzte sich mit 6000 Euro in den Zug, tauschte Geld

gegen Heroin und fuhr mit dem Zug wieder zurück. Wenig später fuhr er dann mit dem Heroin nach Rumänien, diesmal mit einem Bus. Die Angeklagte flog von Frankfurt am Main aus hinther. In Bukarest stellte sich dann heraus, dass das Heroin von schlechter Qualität war. Man beschloss, es umzutauschen.

Also fuhr der Kurier mit dem Rauschgift – per Bus – wieder nach Erfurt. Von da aus nahm er den Zug nach Leipzig, tauschte die Ware um und fuhr mit dem – besseren – Stoff zu-

rück nach Erfurt. Am Bahnsteig wurde er dann abgeholt. Von der Polizei.

Wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz stehen Vermittler, Kurier und Händlerin jetzt vor Gericht, bis Februar ist terminiert. Vielleicht braucht man aber nicht so lange, einen Teil der Vorwürfe haben die Angeklagten gestern eingeräumt. Die Richter haben aber noch Klärungsbedarf. Ob wirklich alle Zeugen gehört und alle abgehörten Gespräche verlesen werden, steht noch nicht fest.

KURZ & KNAPP

PROZESS.

Vor dem Landgericht Braunschweig begann der Prozess gegen den Ex-Betriebsratschef Klaus Volkert und Ex-Personalmanager Klaus Joachim Gebauer in der VW-Affäre.

STURZ.

Nach dem Unglück auf einer Kraftwerks-Baustelle in Grevenbroich, bei dem drei Menschen starben, wurde nun ein Vermessungsingenieur schwer verletzt, als er in einen sechs Meter tiefen Schacht stürzte.

STERBEHILFE.

Ein Berliner Arzt will erstmals offiziell in Deutschland Sterbehilfe leisten; das begleitete Sterben müsse ohne Probleme möglich sein, deshalb seien ihm auch spektakuläre Aktionen recht, betonte er.

UNFALL.

Ein Soldat (19) kam bei einer Bundeswehrübung nahe Rathenow (Brandenburg) ums Leben, er wurde zwischen zwei Fahrzeugen eingeklemmt.

GELDSTRAFE.

In Korbach muss ein Polizist 4000 Euro zahlen, ein Autofahrer hatte dem Mann in Zivil einen Vogel gezeigt, der Beamte nahm ihn mit aufs Revier, verzichtete zwar auf eine Anzeige, verlangte aber 500 Euro.

LEBENSÄNGLICH.

Weil er seine Lebensgefährtin (28) erstickt hat, wurde ein 44-Jähriger in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt.

KOLLISION.

Nach der Kollision zweier Lkw bei Bad Hersfeld ist ein 59-jähriger Mann gestorben.

GRUBENUNGLÜCK.

In einem Bergwerk der Kali+Salz AG in Philippsthal in Ostthessen wurde ein Grubenarbeiter von einer Maschine eingeklemmt und ist dabei schwer verletzt worden.

PERSONALIE



Stefan AUST (61), Chefredakteur des „Spiegel“, wird Ende 2008 das Nachrichtenmagazin verlassen. Wie der Verlag gestern mitteilte, haben die Gesellschafter des Spiegel Verlags auf Initiative der Mitarbeiter KG beschlossen, den Vertrag von Aust nicht über den 31. Dezember 2008 weiterlaufen zu lassen. Über eine Nachfolge werde zu gegebener Zeit informiert, hieß es.

Thüringer Allgemeine

Generalanzeiger für Thüringen

18. Jahrgang
Gottstedter Landstraße 6, 99092 Erfurt
Tel. (0361) 227 74; Fax (0361) 227 51 44
E-Mail: redaktion@thueringer-allgemeine.de
Chefredaktion: (0361) 227 51 01
Chefredakteur: Sergej Lochthofen
Stellvertreter: Wolfgang Lindenlaub
Dirk Lohr
Chef v. Dienst: Eberh. Pfeiffer 227 51 30
Axel Eger 227 51 30
Politik: Ingo Linsel 227 51 16
Wirtschaft: Wolfg. Lindenlaub 227 51 70
Thüringen: Antje-M. Lochthofen 227 51 04
Landesredaktion: Martin Debes 227 51 40
Feuilleton: Sigurd Schwager 227 51 60
Beilage: Hanno Müller 227 51 10
Unterhaltung: Ingo Glase 227 51 13
Sport: Gerald Müller 227 51 91
Bildredaktion 227 51 83
Red.-Technik: Doris Mielisch 227 51 50
Dokument.: Dorothee Schipke 227 51 85
TA Berlin: Wolfgang Suckert 030/284 61420
Lokalzusgaben: Apolda, Arnstadt, Artern, Bad Langensalza, Eisenach, Erfurt, Gotha, Heiligenstadt, Ilmenau, Mühlhausen, Nordhausen, Schmieda, Sonderhausen, Weimar, Worbis.
Die THÜRINGER ALLGEMEINE erscheint mit TV-Magazin „BWZ“ und Wochenbeilage „Thüringen zum Sonntag“.
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften zu kürzen. Leserbriefe sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Der Verlag übernimmt für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos keine Gewähr.

Anzeigen u. Vertrieb: ZEITUNGSGRUPPE THÜRINGER Verwaltungsgesellschaft mbH
Gottstedter Landstraße 6, 99092 Erfurt;
Tel. (0361) 227 74; Fax (0361) 227 50 07
E-Mail: geschaeftsfuehrung@zgt.de
Geschäftsführer: Wilfried Goosmann (Sprecher), Joachim Zaumsegl.
Verantwortlich für Anzeigen: Matthias Gauß, Lutz Schulz;
Anzeigenpreisliste Nr. 19 (gültig ab 1.11.2007)
Service-Telefon Anzeigenaufnahme (01802) 111 315 (6 Cent pro Anruf).
Fax für Anzeigen: (0361) 227 52 35
E-Mail Anzeigen: anzeigenzentrale@zgt.de
Hauptvertriebsleitung: Eberhard Heinze
E-Mail für Vertrieb: zustellenservice@zgt.de
Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Erfurt.
Anzeigen und Beilagen politischen Aussage-Inhalts stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.
Verlag: THÜRINGER ALLGEMEINE Verlag GmbH & Co. KG, Gottstedter Landstraße 6, 99092 Erfurt; (0361) 227 50 22; Fax (0361) 227 51 44; Geschäftsführer: Wilfried Goosmann, Dr. Markus Beermann Druck: TA-Druckhaus GmbH & Co. KG, Gottstedter Landstraße 6, 99092 Erfurt; Telefon (0361) 227 50 40.
Zur Herstellung der THÜRINGER ALLGEMEINE wird Recycling-Papier verwendet.